



22. Mai 2026

Zwischen Reformdruck und Überlastung

Die Herausforderungen der Jobcenter nehmen weiter zu

Die geplanten **gesetzlichen Änderungen im SGB II** sorgen derzeit in vielen Jobcentern bei den Kolleginnen und Kollegen für **erhebliche Verunsicherung**.

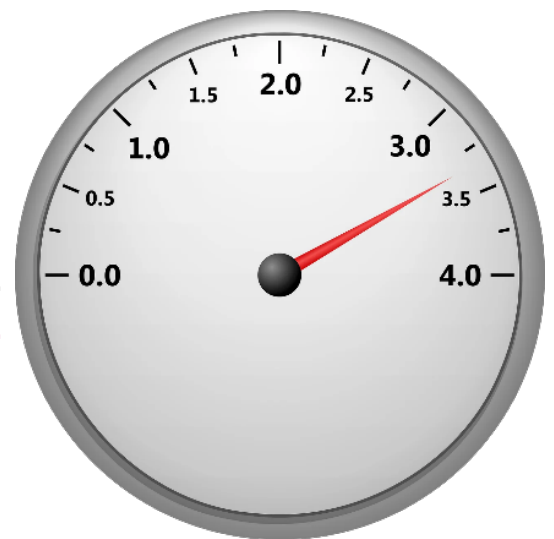
Beschäftigte, Führungskräfte und die Personalvertretungen berichten übereinstimmend, dass die Umsetzung der Neuerungen die ohnehin **hohe Arbeitsbelastung weiter verschärfen** wird. **Besonders kritisch bewerten wir den erneut viel zu kurzen zeitlichen Vorlauf.**

Weisungen werden erst Ende Mai beziehungsweise Anfang Juni erwartet, obwohl die gesetzlichen Änderungen bereits zum 1. Juli in Kraft treten sollen.

Auch bei den technischen Anpassungen ist absehbar, dass nur mit **Übergangslösungen** gearbeitet werden kann. Dies führt nicht nur zu zusätzlichem organisatorischem Aufwand, sondern schafft zugleich neue Rechtsunsicherheiten – etwa bei Karenzzeiten, den Kosten der Unterkunft oder den Mitwirkungspflichten. Gerade in Großstädten werden die geplanten Veränderungen bei den Kosten der Unterkunft angesichts des ohnehin angespannten Wohnungsmarktes erhebliche Probleme verursachen.

Die vorgesehenen Änderungen bei den Vermögensfreibeträgen bedeuten zusätzlichen Verwaltungsaufwand, da zahlreiche Bestandsfälle erneut überprüft werden müssen. Gleichzeitig bestehen erhebliche Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit einzelner fachlicher Anforderungen. So erscheint es kaum realistisch, dass fachkundige Stellen die Tragfähigkeit einer Selbständigkeit innerhalb weniger Minuten seriös bewerten können.

Viele Kolleginnen und Kollegen berichten inzwischen offen von einer **zunehmenden „Reformmüdigkeit“**. Statt ausreichender und rechtzeitiger Qualifizierungsangebote wird vielerorts weiterhin auf Multiplikatorenmodelle oder Selbstschulungen gesetzt. Das ist angesichts der Komplexität der Änderungen nicht akzeptabel.





Zwar soll der Eingliederungstitel aufgestockt werden, der Verwaltungskostenhaushalt bleibt jedoch weiterhin unauskömmlich. Aus gewerkschaftlicher Sicht steht dies in deutlichem Widerspruch zur tatsächlichen Mehrbelastung in den Jobcentern aufgrund steigender Kosten, höhere Tarifabschlüsse und zusätzliche Aufgaben.

Immer deutlicher wird zudem, dass die Jobcenter zunehmend gesellschaftliche Probleme auffangen sollen, die weit über ihren eigentlichen Auftrag hinausgehen: fehlende Kinderbetreuung, gesundheitliche Einschränkungen, mangelnder sozialer Wohnraum oder unzureichende Beratungsstrukturen. Gleichzeitig bleiben viele Fragen zur konkreten Umsetzung offen.

Einzelne geplante Änderungen – etwa bei Mitwirkungspflichten im Rahmen der endgültigen Bewilligung – können zwar durchaus zu Vereinfachungen beitragen. Ob diese Regelungen jedoch rechtssicher ausgestaltet sind, wird sich erst noch zeigen.

Die aktuelle Diskussion zeigt deutlich: Die Bereitschaft der Beschäftigten, Veränderungen konstruktiv mitzutragen, ist weiterhin vorhanden. Gleichzeitig wächst jedoch der berechtigte Wunsch nach mehr Verlässlichkeit, besserer Vorbereitung, ausreichendem zeitlichen Vorlauf und einer stärkeren Orientierung an den tatsächlichen Bedingungen in der Praxis.

Als Fachgewerkschaft fordern wir deshalb klare und realistische Prioritätensetzungen. Zusätzliche Aufgaben dürfen nicht dauerhaft ohne zusätzliches Personal übertragen werden. Wo neue Belastungen entstehen, muss an anderer Stelle konsequent entlastet werden. Insbesondere das ausufernde Controlling gehört deutlich reduziert. Darüber hinaus muss die Verantwortung der Träger für Qualifizierung und Fortbildung endlich stärker in den Fokus rücken.

